

Modernitätskonflikte in der Weltgesellschaft. Zur kulturellen Konstruktion globaler Konflikte¹

Von Thorsten Bonacker

In jüngster Zeit mehren sich die Stimmen, die mit Blick auf den raschen sozialen Wandel eine grundsätzliche Umorientierung soziologischer Theorien einfordern. So hat etwa Ulrich Beck zuletzt noch einmal nachdrücklich für eine denationalisierte Perspektive plädiert, die den impliziten methodologischen Nationalismus soziologischer Theorien aufgibt und sich einer kosmopolitischen Perspektive zuwendet. Ein solcher Perspektivenwechsel beinhaltet, so Beck, eine Abkehr vom Container-Modell und von der damit einhergehenden Vorstellung einer national geschlossenen Gesellschaft. Dem gegenüber stellt Beck einen weltgesellschaftlichen Blick, der den Nationalstaat als eine mögliche, historisch kontingente und mittlerweile vielleicht überholte Form der Eingrenzung gesellschaftlicher Prozesse versteht. Ein solcher Blick nimmt Beck zufolge nicht nur die neuen Realitäten ernst, sondern er stellt sich auch begrifflich und kategorial auf sie ein, denn »der kosmopolitische Blick erschließt dieselbe nationale Wirklichkeit anders und andere, zusätzliche Wirklichkeiten neu« (Beck 2004, S. 51).

Beck weiß sich in dieser Hinsicht einig mit anderen Autoren, die ebenfalls für eine gesellschaftsorientierte gegenüber einer staatsorientierten Perspektive votieren, um die neuen gesellschaftlichen Entwicklungsdynamiken angemessen verstehen zu können. Aus der Politikwissenschaft wird deshalb der Ruf nach einer stärkeren soziologischen Orientierung der Theorien internationaler Beziehungen deutlich, weil nur so die neuen, postnationalen Sicherheitsprobleme sowie Prozesse der Transnationalisierung und Entstaatlichung der Politik sichtbar werden (vgl. etwa Zangl & Zürn 2003).

Und schließlich gibt es mittlerweile eine Vielzahl empirischer Studien, die den von Beck behaupteten »kategorialen Wandel in der Selbstwahrnehmung« (Beck 2004, S. 36) nachvollziehen: So zeigen etwa neuere Beiträge zu Formen postnationaler Integration, dass Solidarität zwar weiter eine wichtige gesellschaftliche Ressource sozialer Integration ist, sie aber zunehmend jenseits des Nationalstaats generiert wird (vgl. bspw. Beckert, Eckert, Kohli & Streeck 2004). In eine ähnliche Richtung weist die Diskussion um neue Konflikte: Nicht mehr zwischenstaatliche, relativ gut kalkulierbare und regelbare Konflikte prägen unser Bild von der Weltgesellschaft, sondern transnationale und lokale Gewalt, die häufig entfesselt auftritt und an vormoderne Kampfesformen erinnert, scheinen die Hauptrisiken menschlichen Zusammenlebens (vgl. Bonacker 2005).

Im Folgenden wird an diese Umorientierung soziologischer Theoriebildung angeknüpft und geprüft, inwiefern neuere soziologische Theorieansätze einen Beitrag zur Erklärung des Wandels globaler Konfliktdynamiken liefern können. Dabei stehen zwei Ansätze im Mittelpunkt: die kulturalistische Perspektive, die entscheidend von Shmuel Eisenstadt entwickelt wurde, und die neoinstitutionalistische Makrosoziologie der Stanford School um John Meyer. Beide wenden sich vom methodologischen Nationalismus sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze ab und entwickeln eine weltgesellschaftliche Perspektive, die den Nationalstaat weitgehend historisiert und damit eine neue, produktive Perspektive auf das globale

1) Der Aufsatz basiert auf meiner Antrittsvorlesung am Zentrum für Konfliktforschung und am Institut für Soziologie der Philipps-Universität Marburg. Bei meinen Kolleginnen und Kollegen sowie bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei meiner Frau möchte ich mich in diesem Zusammenhang für die Unterstützung, für Hinweise und Kommentare sehr herzlich bedanken.

Konfliktgeschehen eröffnet. Entscheidend dafür ist eine fundamentale Kritik an der mit dem methodologischen Nationalismus eng verbundenen Modernisierungstheorie. Die zentrale These, die unter Bezugnahme beider Ansätze im Folgenden entfaltet wird, lautet, dass die neuen, postnationalen Konfliktdynamiken sich einer weitgehenden Entkopplung von Nationalstaat und Modernität verdanken. Die postnationale Konfliktkonstellation ist allerdings keine, die jenseits des Nationalstaats entsteht, sondern in der der Nationalstaat ein zentrales Gesellschaftsmodell neben anderen ist. Kennzeichnend für jene Konstellation ist es, dass Konflikte nicht mehr länger zwischen Staaten, sondern zwischen verschiedenen – globalen, nationalstaatlichen und subnationalen – Gesellschaftsmodellen ausgetragen werden.

1. Der Wandel des globalen Konfliktgeschehens

Der methodologische Nationalismus der Sozialwissenschaften ist, wie auch Beck betont, weniger durch theoretische Debatten als vielmehr durch die Empirie herausgefordert worden: Das globale Konfliktgeschehen hat sich seit 1945 vom Nationalstaat weg bewegt. Dabei wurde angesichts der Zunahme transnationaler Akteure und ethnopolitischer Konflikte nicht nur die Einteilung in zwischen- und innerstaatliche Konflikte fragwürdig. Vielmehr enttäuschte diese Entwicklung auch die modernisierungstheoretischen Hoffnungen auf eine weltweite Ausbreitung von Frieden, Demokratie und Wohlstand nachhaltig. Der Wandel des globalen Konfliktgeschehens seit 1945 lässt sich grob anhand von vier Entwicklungen beschreiben:

(1) Die Ergebnisse der *quantitativen Konflikt- und Kriegsforschung* zeigen, dass die Zahl der weltweit geführten Kriege nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stark zugenommen hat (vgl. Schlichte 2002). Die meisten dieser Kriege waren innerstaatliche Kriege. Der Anteil an zwischenstaatlichen Kriegen ist in diesem Zeitraum zurückgegangen. Mehr als 90 Prozent der Kriege seit 1945 fanden in den »Zonen der Turbulenz« statt, also in Dritt Weltstaaten. Diese Kriege sind seltener als zwischenstaatliche Konflikte durch Vermittlung dritter Parteien, insbesondere internationaler Organisationen, beendet worden. Allerdings sind diese Kriege keineswegs durch die Abwesenheit internationaler Akteure gekennzeichnet: Im Gegenteil wird ein genauerer Blick zeigen, dass in diesen innerstaatlichen Gewaltkonflikten eine Vielzahl internationaler und nicht-staatlicher Akteure aktiv sind, deren Rolle freilich durchaus ambivalent beurteilt werden kann (vgl. Anderson 1999).

(2) Qualitativ kann man, zweitens, von einer *Entgrenzung der Gewalt in der Weltgesellschaft* sprechen (vgl. Bonacker 2005). Staaten sind immer weniger in der Lage, die einmal in Gang gesetzte Gewalt einzugrenzen. Daneben lassen sich Formen der Gewalt beobachten, deren Anwendung oder deren Legitimation über nationalstaatliche Grenzen hinausgreift. Dazu gehören militärische Interventionen, die auf einem erweiterten Sicherheitsverständnis beruhen und Gewalt – wie jüngst im Fall des Irakkriegs – präventiv anwenden, um weitere Gewalt zu unterbinden. Solche Interventionen können sich aber auch auf eine Umdeutung des Souveränitätsrechts der Staaten beziehen, das zunehmend internationalen Menschenrechtsnormen auch jenseits einer direkten völkerrechtlichen Verbindlichkeit untergeordnet wird – wie etwa die Interpretation von Menschenrechtsverletzungen als Gefährdung des Weltfriedens seitens des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zeigt (vgl. Bonacker & Brodocz 2001).

Zu den Erscheinungsformen transnationaler Gewalt gehören ferner die neuen Formen des Terrorismus, der sich zwar in Einzelfällen gegen eine staatliche Ordnung richten kann, der aber Gewalt insofern entgrenzt, als er transnational operiert und organisiert ist.

(3) Diese Tendenzen sollten allerdings nicht dazu verleiten, die Weltgesellschaft in unzähligen innerstaatlichen oder transnationalen Bürgerkriegen versinken zu sehen. Ein solches apokalyptisches Szenario übersieht eine parallele Entwicklung, die ich die *Entgrenzung des*

Friedens nenne (vgl. Bonacker 2006). Verrechtlichungsprozesse, Peacekeeping-Einsätze, OSZE-Missionen, Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung sind Beispiele dafür, dass die Garantie und Aufrechterhaltung, aber auch die Schaffung von Frieden ein zentraler Bestandteil postnationaler Politik sind – eine Politik, die häufig genug jenseits, d.h. ober- und unterhalb des Staates stattfindet.

(4) Die vierte Entwicklung, die es hervorzuheben gilt, wenn man über Tendenzen des globalen Konfliktgeschehens spricht, bezieht sich auf die Entstehung relativ stabiler, autonomer – aber nicht autarker – Konfliktssysteme in sogenannten schwachen Staaten oder an territorialen Grenzen zwischen starken und schwachen Staaten. Diese Konfliktssysteme sind als Gewaltmärkte (Elwert 1999) beschrieben worden. Forschungen zur »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« zeigen ferner, dass es sich bei solchen Konflikten um selbststabilisierende Systeme und Gewaltordnungen handelt, in denen sich die Strategien und Interessen der Konfliktparteien wechselseitig so stärken, dass solche Konflikte nicht, wie Luhmann es einmal formuliert hat, der Entropie anheim fallen (vgl. Schlichte 2005). Beispiele dafür sind unter anderem der Krieg in Tschetschenien und die anhaltende Gewalt in Kolumbien.

Fasst man diese vier Tendenzen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Die klassischen zwischenstaatlichen Konflikte, die wir aus der nationalstaatlichen Konfliktkonstellation kennen und die historisch auf die Staatsgründungskriege, also auf die gewaltsame Geburt von Nationalstaaten zurückgehen, nehmen ab. Dennoch gibt es sie weiter. Dies wird oft übersehen, weil »neue Konflikte« nicht nur für die Forschung, sondern auch massenmedial interessanter erscheinen. Der Konflikt um Kashmir, der jüngste Disput zwischen China und Japan, die Auseinandersetzungen zwischen Syrien und Israel oder der Konflikt zwischen Kongo und Ruanda sind Beispiele für weiter anhaltende, eskalationsträchtige zwischenstaatliche Konflikte. Darüber hinaus lassen sich aber zwei weitere Konfliktdynamiken in der Weltgesellschaft beobachten, die es rechtfertigen, von einer postnationalen Konfliktkonstellation zu sprechen: zum einen transnationale Konfliktdynamiken oberhalb des Nationalstaats, zum anderen subnationale, etwa ethnopolitische Konflikte unterhalb des Nationalstaats. Alle drei Konfliktdynamiken – die nationale, die transnationale und die subnationale – prägen das gegenwärtige Konfliktgeschehen. Zugleich lässt sich aber festhalten, dass sich diese Konfliktdynamiken zwar analytisch trennen lassen, empirisch aber häufig miteinander verwoben sind.

2. Modernität statt Modernisierung: Zwei Einwände gegen die Modernisierungstheorie

Dieser eben beschriebene Wandel des Konfliktgeschehens hat mit dazu geführt, dass einige klassische sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze neu diskutiert wurden. Im Verlauf der aktuellen Theoriedebatten hat sich dabei etwas herausgebildet, was man den *cultural turn* der Makrosoziologie nennen könnte, also eine Hinwendung zu kulturalistischen Ansätzen, verbunden mit einer Kritik an der Modernisierungstheorie. Sichtbar wird dieser *cultural turn* vor allem an der Neuinterpretation des Begriffes der Moderne. Plakativ zusammengefasst könnte man sagen, dass kulturalistische Ansätze Modernität als Konfliktphänomen begreifen, wo Modernisierungstheorien die Hoffnung hegten, Modernisierungsprozesse führen langfristig zur Abschwächung von Konflikten und zur Gewaltreduzierung (vgl. etwa die Kritik von Coser, 1964, an Parsons). Hans Joas nannte dies den »Traum von der gewaltfreien Moderne« (Joas 2000, S. 49), den die Modernisierungstheorie geträumt habe. Industrialisierung, Interdependenz durch Freihandel, soziale Mobilität, höhere Kommunikationsdichte, Urbanisierung, Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – all jene Elemente des Modernisierungsprozesses sollten letztlich, so die Überlegung, Gesellschaften befrieden und eine, wie Dieter Senghaas (1995) es formulierte, konstruktive politische Konfliktkultur etab-

lieren. Gelebt hat die Modernisierungstheorie dabei vor allem von der Aussicht, dass Modernisierung ein Prozess ist, den im Prinzip alle Länder durchlaufen können und der schließlich zu einer Konvergenz politischer Systeme und damit idealer Weise zu einem relativ stabilen Weltfrieden führt.

Im Rahmen der Kontroverse in der Entwicklungsforschung in den 1960er und 70er Jahren ist die klassische Variante der Modernisierungstheorie bereits heftig kritisiert worden, so dass Immanuel Wallerstein ihr 1979 sein bekanntes »Ruhe in Frieden« entgegenrufen konnte (vgl. Wallerstein 1979). Vor allem Dieter Senghaas hat in seinen Arbeiten darauf hingewiesen, dass Modernisierung ein äußerst konflikträchtiger Prozess ist, »weil er die herkömmliche Grundlage ökonomischer Reproduktion, überkommene Schichtungsmuster, die gängige kollektive Wertorientierung und in der Folge von alledem traditionelle Herrschaftsverhältnisse in Frage stellt. (...) Gesellschaften«, so schlussfolgert Senghaas, »die Modernisierungsschüben ausgesetzt sind, geraten in diesem Prozess mit sich selbst in Konflikt« (Senghaas 1998, S. 21). Europäische Gesellschaften bilden für Senghaas insofern ein Paradebeispiel für diesen konflikthaften Prozess der Modernisierung, dessen erfolgreiche Beendigung dann aber Institutionen wie den Rechtsstaat, das demokratische politische System, den Wohlfahrtsstaat und eine deliberative Öffentlichkeit hervorbringt, die gefährliche Konflikte zunehmend unwahrscheinlich werden lassen.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat die fast schon verabschiedete Modernisierungstheorie dann ein Revival gefeiert – vor allem in Gestalt der Diagnose Francis Fukuyamas (1992) vom »Ende der Geschichte«, die eine im Kern friedvolle Weltordnung aufgrund der Existenz nur noch einer globalen Hegemonialmacht in Aussicht stellte.

Zwei Argumente, die in den letzten Jahren gegen die Modernisierungstheorie eingewendet wurden, lassen sich hier hervorheben: der kulturalistische Einwand gegen die Gleichsetzung von westeuropäischer Modernität und Modernisierung und der konflikttheoretische Einwand, der auf die modernisierenden, vor allem aber auf die integrativen Effekte von Konflikten und Kriegen abzielt (vgl. allgemein zur Entwicklung neuerer Ansätze in der Modernisierungstheorie Delanty 2004; Knöbl 2001; Offe 1986).

Zunächst zum konflikttheoretischen Einwand: Erstens übersieht die Modernisierungstheorie, so das konflikttheoretische Argument, den modernisierenden Effekt von Konflikten und Kriegen. Modernisierung im Sinne eines state building und der Formierung territorial codierter kollektiver Identitäten ist demzufolge selbst ein gewaltsamer Prozess. So führt etwa Michael Mann die Entstehung des Nationalstaats und nationalstaatlicher Akteure im Wesentlichen auf die Notwendigkeit zurück, Ressourcen in Kriegszeiten zu generieren und zu bündeln. Dies gilt in erster Linie für die Staatsfinanzen: »State finances are dominated by foreign wars. As warfare developed more professional and permanent forces, so the state grew both in overall size and (probably) in terms of size in relation to its civil society. Each new war led to a large state in two stages: an initial impact on military expenses and a delayed impact upon debt-repayment« (Mann 1988, S. 108f.). Ähnlich argumentieren in Absetzung zur klassischen Modernisierungstheorie Charles Tilly (1975) oder Anthony Giddens (1987), die, wie auch Theda Skocpol (1979), gezeigt haben, dass sich die Entstehung des europäischen Modells des Nationalstaats in hohem Maße einem Zwang verdankt, der aus der Struktur des internationalen Systems herrührt. Nationalstaat und Nationalismus entspringen demnach nicht aus endogenen Modernisierungsprozessen, sondern sind von Beginn an Teil der gewaltsamen Herausbildung eines Staatensystems, in dessen Rahmen Staaten interagieren und sich in Abhängigkeit voneinander konstituieren. »Both the consolidation of sovereignty of the state and the universalism of the nation-state are brought about through the expanded range of surveillance operations permitting ›international relations‹ to be carried on« (Giddens 1987, S. 263). Die Entstehung von modernen Nationalstaaten ist demzufolge

eng verbunden mit der Entwicklung des Militärs und mit der Großreichbildung in Europa: Die sich daraus ergebende Permanenz kriegerischer Verwicklungen machte einen wesentlichen Motor des Modernisierungsprozesses aus, weil nun alle gesellschaftlichen Ressourcen auf den Staat konzentriert werden mussten, um im militärischen Wettbewerb bestehen zu können. Modernisierung ist also kein selbstgenügsamer Entwicklungsprozess, sondern, so lässt sich die konflikttheoretische Kritik an der Modernisierungstheorie zusammenfassen, beruht auf einem Zwang zur Militarisierung des Nationalstaats (vgl. auch Knöbl 2001, S. 262ff.).

Letztlich erinnert dieser Einwand gegen den von der Modernisierungstheorie postulierten Zusammenhang von gesellschaftlicher Entwicklung und Gewaltabnahme an die konfliktsoziologische These Georg Simmels, dass es in modernen Gesellschaften nämlich vor allem Konflikte sind, die soziale Einheiten integrieren. Das gilt offenkundig besonders für nationalstaatlich verfasste Gesellschaften, denen es in Kriegszeiten und durch Konflikte nach außen gelingt, heterogene Bevölkerungsgruppen über Feindbilder und Bedrohungsszenarien symbolisch zu einigen und ideologisch zu mobilisieren. »The nation state«, so etwa Mary Kaldor (2004, S. 153), »had bottled violence from domestic relations and bottled it up to be released in intense blasts known as war. Fear and superstition were channelled into external threats and enemy stereotypes. Domestic order was achieved through a mixture of coercion and consent and the latter depended on the notion that the state defended the citizen from external threats from a fearsome ›other‹.«

Der zweite überzeugende Einwand gegen die Modernisierungstheorie ist aus kulturalistischer Sicht vorgebracht worden. Er zielt auf die Vermischung der analytisch-strukturbeschreibenden und der normativ-politischen Dimension des Moderne-Begriffs und will Modernität weniger als »politisches Gütekriterium« (Offe 1986), sondern als Selbstcharakterisierung von Gesellschaften verstanden wissen. Allgemein lässt sich festhalten, dass kulturalistische – im Gegensatz etwa zu differenzierungstheoretischen oder funktionalistischen – Theorien der Moderne die Gegenüberstellung von modernen und traditionalen Gesellschaften relativieren (vgl. Reckwitz 2003, S. 70). Es scheint deshalb sinnvoll davon auszugehen, dass Traditionen etwa im Sinne religiöser Codes und Transzendenzvorstellungen in der Moderne weiter wirksam sind und man folglich eher von kulturell unterschiedlichen Institutionalisierungsprozessen der Moderne sprechen kann. Kulturalistischen Ansätzen zufolge besteht zwischen Vormoderne und Moderne kein absoluter Bruch, sondern Modernität ist zum einen selbst von Traditionen durchzogen und zum anderen keine historische Einheit, kein Endpunkt gesellschaftlicher Entwicklung und kein festes normatives oder institutionelles Muster.

Aus kulturalistischer Sicht ist vor allem von Samuel Huntington gegen die Modernisierungstheorie vorgebracht worden, dass die Bestandteile der westlichen Kultur nicht mit Prozessen der Modernisierung verwechselt werden dürfen. Huntington zufolge können sich Gesellschaften modernisieren – das heißt demokratisieren, industrialisieren, alphabetisieren, Wohlstand auf- und Ungleichheiten abbauen –, trotzdem aber die westliche Kultur als ganze ablehnen. »Selbst militante Gegner der Verwestlichung und Befürworter indigener Kulturen zögern nicht«, so Huntington (1996, S. 113f.), »moderne Techniken wie E-Mail, Audiocassetten und Fernsehen für ihre Anliegen zu benutzen. Kurzum, Modernisierung bedeutet nicht notwendig Verwestlichung. Nichtwestliche Gesellschaften können sich modernisieren und haben sich modernisiert, ohne ihre eigene Kultur aufzugeben und pauschal westliche Werte, Institutionen und Praktiken zu übernehmen.« Die Modernisierungstheorie, die davon ausgeht, dass sich westliche Institutionen mit der Modernisierung weltweit durchsetzen, blendet aus Sicht Huntingtons das Konfliktpotential von Modernität aus, indem sie westliche Kultur und Modernisierung gleichsetzt. Dagegen scheint es plausibler davon auszugehen, dass Modernitätskonflikte von Modernisierungskonflikten grundsätzlich verschieden sind, dass

also modernisierte Gesellschaften keine konfliktfreien Gesellschaften sind, weil Modernität als solches ein Konfliktphänomen sein kann.

Die kulturalistische Auffassung, dass entgegen den Hoffnungen der Modernisierungstheorie Modernität als solche Konflikte hervorbringt, spielt vor allem auch in den neueren Debatten um Demokratisierung und nation building als Konfliktlösungsstrategien eine wichtige Rolle. Aus kulturalistischer Sicht können Modernisierungsstrategien in diesem Zusammenhang in dem Maße auf Widerspruch stoßen, wie sie als Elemente westlicher Gesellschaften und damit als Bedrohung der eigenen Identität und der eigenen kulturellen Tradition wahrgenommen werden. Mittlerweile scheint sich die These durchzusetzen, dass Prinzipien der westeuropäischen Modernisierung – in diesem Fall nation building und Demokratisierung – selbst unter Umständen konfliktverschärfend wirken. So wurde in den Forschungen zum Zusammenhang zwischen Demokratie und deren Friedfertigkeit gezeigt, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten keineswegs grundsätzlich friedfertiger sind als autokratische Regime. Vielmehr scheinen Demokratien ein spezifisches Konfliktverhalten gegenüber Nicht-Demokratien an den Tag zu legen, so dass Modernität nicht zwangsläufig zu geringerer Konfliktintensität in zwischenstaatlichen Beziehungen führen muss (vgl. Müller 2002).

Auch innerhalb der Entwicklungsforschung konnte gezeigt werden, dass Prozesse der Demokratisierung und des nation building häufig konfliktverschärfende Konsequenzen haben, statt zu befriedeten Gesellschaften zu führen. Das Modell des Nationalstaats, das die Nation als kulturell homogene Einheit konzipiert, hat vor allem in Ländern des Südens und in Konfliktgesellschaften zu geteilten Gesellschaften geführt. Gerade die Schaffung einer solchen kulturellen Einheit führt nämlich umgekehrt zur Exklusion derer, die nicht als wahre und ursprüngliche Mitglieder der Nation betrachtet werden. So kamen »ausgerechnet im Prozess demokratischer Entfaltung die Schattenseiten des modernen nation building zum Tragen« (Pfaff-Czarnecka 2004, S. 54) – eine Schattenseite, die damit zusammenhängt, dass demokratische politische Designs ethnische Grenzen häufig institutionalisieren, die damit zwar zum Aufbau des Nationalstaates einen wichtigen Beitrag liefern, die aber auf Dauer auch Demokratisierungsprozesse gefährden, weil sie konfliktverschärfend wirken.

3. Die kulturalistische Perspektive: Modernität als Konfliktphänomen

So plausibel Samuel Huntingtons kulturalistische Kritik an der Modernisierungstheorie ist, so problematisch erscheint hingegen sein Kulturoessentialismus, also die These, Kulturen basierten auf einem Kern von Eigenschaften, die sie voneinander unterscheidbar und weitgehend unvereinbar sein lassen. Huntington (1996, S. 49ff.) behauptet etwa, das klassische Erbe der Antike, Katholizismus und Protestantismus, die Trennung von geistlicher und weltlicher Macht, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus sowie der moralische Individualismus und die Idee politischer Repräsentation seien die zentralen Merkmale westlicher Kultur. Diesem Kulturoessentialismus ist zu Recht entgegengehalten worden, er reduziere erstens die Komplexität und innere Heterogenität von Kulturen. Entgegen der These Huntingtons ist aber Multikulturalität ein intrakulturelles Phänomen, d.h. Kulturen differieren in sich selbst, sind hybrid, intern differenziert und keinesfalls monolithisch (vgl. Said 1994). Dies werden sie erst aus einer extrakulturellen Perspektive, d.h. aus Sicht derjenigen, die nicht zu einer Kultur gehören und ihre eigene Identität über Abgrenzungsprozesse gewinnen. Zweitens vernachlässigt Huntington deshalb die Wandlungsfähigkeit und Transformationskapazitäten von Kulturen. Und drittens wiederholt er im Grunde einen Fehler der Modernisierungstheorie, indem er Modernität mit westlicher Kultur gleichsetzt (vgl. zur Debatte um Huntingtons Thesen Menzel 2000, S. 70-90). Auf den letzten Punkt hat vor allem Shmuel Eisenstadt mehrfach hingewiesen. Eisenstadts komparativen, makrosoziologischen Arbeiten zeigen gerade, dass Huntington die Dynamik moderner Gesellschaften in dem Maße verkennt, wie

er kulturelle Konflikte in der Weltgesellschaft als Konflikte zwischen Zivilisationen deutet. Statt dessen aber ist es viel plausibler, solche kulturellen Auseinandersetzungen, wie Huntington sie im Blick hat, als Konflikte innerhalb der modernen Zivilisation zwischen unterschiedlichen Auslegungen und institutionellen Ausprägungen der Moderne zu betrachten. Dementsprechend formuliert Daniel Chirot (2001, S. 356) unter anderem mit Blick auf Huntington: »We do know, however, that in the future, just as in the past, there will be contentious debates about which way to go, how to adapt change, and how to direct it. We know, also, that the most bitter clashes of competing cultures will not be mostly between cultures at different evolutionary stages of development, because existing gaps can be closed, as they have been in many cases in the past. Rather, we can predict that both the Huntingtonians and postmodernists are wrong, and that most severe, irreconcilable cultural clashes will be within societies, between different ideas about how to continue modernization, what to reject and what to accept.« Das, was unter Modernität verstanden wird und wie mit Prozessen der Modernisierung umgegangen werden soll, ist mithin umstritten. Dies schließt auch ein, dass das westliche Verständnis von Modernität, das die Modernisierungstheorie mit der Moderne als solche gleichsetzt, kein zwingender Standard der Weltgesellschaft ist, sondern dass weltgesellschaftlich gesehen, der Bedeutungsgehalt und die institutionellen Formen von Modernität differieren (vgl. Tiryakian 2001; Mouzelis 1999).

Eisenstadt formuliert eine im Kern kulturalistische Kritik an der Modernisierungstheorie, ohne den Kulturalismus zu essentialisieren und Kulturen wie unveränderliche Dinge zu behandeln. Der entscheidende Unterschied zu einer modernisierungstheoretischen Perspektive besteht darin, Modernität nicht als Strukturmerkmal von Gesellschaften und auch nicht als Epochengriff zu verstehen, sondern davon auszugehen, dass Modernität ein spezifisches, historisch kontingentes und nicht in sich geschlossenes Selbstverständnis von Gesellschaften oder von kollektiven Akteuren in Gesellschaften ist. Modernität ist, wie Shalini Randeria dies jüngst formulierte, ein »sozial Imaginäres« (Randeria 2005, S. 17; vgl. auch Ortiz 2000). Es geht also aus kulturalistischer Sicht darum, Modernität als einen kulturellen Orientierungsrahmen zu begreifen. Zentral für einen solchen Orientierungsrahmen ist die Auffassung, dass soziale Verhältnisse prinzipiell änderbar sind (vgl. Kaufmann 1986, S. 292). Gestritten wird in sich als modern verstehenden Gesellschaften darüber, wie diese Ordnung gestaltet sein sollte.

Der Vorzug eines solchen Begriffes von Modernität besteht in erster Linie darin, makrosoziologisch von einer Koexistenz von Tradition und Moderne ausgehen und zwischen westlicher und nicht-westlicher Moderne unterscheiden zu können. Aus Sicht der makrosoziologischen Konfliktforschung hat dies den Vorteil, Konfliktdynamiken nicht eindimensional beschreiben zu müssen und kulturelle Konflikte nicht als solche zwischen Tradition und Moderne oder zwischen »the West and the Rest« (Huntington) miss zu verstehen.

Shmuel Eisenstadt hat für die Entwicklung einer solchen makrosoziologischen und kulturalistischen Perspektive den vielleicht wichtigsten Beitrag geliefert. Modernität ist Eisenstadt zufolge eine Semantik, an der sich Gesellschaften und Gruppen orientieren und die je nach spezifischen zivilisatorischen Traditionen und historischen Erfahrungen unterschiedlich ausformuliert und in verschiedene institutionelle Formen gegossen wird. Insofern spricht Eisenstadt von »multiple modernities«, d.h. von verschiedenen Varianten von Modernität. Gemeinsam ist diesen Varianten eine Orientierung an den Idealen der Moderne als einem ursprünglich vom Westen ausgehenden kulturellen Programm. »The various programmes of modernity that developed in these societies have been continuously crystallized through the process of a highly selective incorporation and transformation in these civilizations of the various premises of Western modernity. These cultural programmes entailed, among others, different emphases on the various components of the ›original‹ Western programme of modernity – such as man's active role in the universe; the relation between Wertneutralität

and Zweckrationalität; the conceptions of cosmological time and its relation to historical time; the belief in progress; the relation of progress in history as the process through which the programme of progress develops; the relations to the major utopian visions; and the relation between the individual and the collectivity, between reason and emotions, and between the rational and the romantic and emotive, could be realized» (Eisenstadt 2002, S. 11). Die von der klassischen Modernisierungstheorie nicht erwartete institutionelle und diskursive Varianz in der Umsetzung des Modernitätsprogramms erklärt sich Eisenstadt zufolge dadurch, dass der Gehalt dieser Ideale stets neu auf der Grundlage gemeinsamer kultureller, vor allem religiös codierter Überzeugungen und Traditionen (re)interpretiert wird. Dies ist für Eisenstadt der Grund dafür, dass die modernisierungstheoretische Annahme, der Modernisierungsprozess würde langfristig zur Kongruenz politischer, ökonomischer und kultureller Entwicklung führen, empirisch nicht bestätigt wurde. Die Varianz unterschiedlicher institutioneller Dynamiken und kultureller Deutungsmuster beruht aus kulturalistischer Sicht auf der kontextgebundenen Realisierung des kulturellen Programms der Moderne.

Weil die Modernitätssemantik im Wesentlichen auf begrifflichen Widersprüchen – etwa zwischen Diesseits und Jenseits oder zwischen Individualismus und Gemeinschaft – basiert, kann es nicht erstaunen, dass ihre Durchsetzung von zahlreichen Deutungskonflikten begleitet wird. Insofern ist für Eisenstadt Modernität als solche bereits ein Konfliktphänomen, weil es in sich als modern verstehenden Gesellschaften immer Gruppen geben wird, die unter Berufung auf die Modernitätssemantik deren gegenwärtige gesellschaftliche Verwirklichung für unzureichend oder für falsch halten (vgl. Eisenstadt 1992, S. 416ff.).

Zwei Elemente der Modernitätssemantik sind dabei entscheidend: erstens die Überzeugung, die politische Ordnung einer Gesellschaft sei kontingent, d.h. nicht notwendiger Weise so, wie wir sie vorfinden, und insofern gestaltbar. Das kulturelle Programm der Moderne lässt Gesellschaften »politische Gesellschaften« (Greven 1999) werden, weil alle politischen Entscheidungen unter Legitimationsdruck geraten können. Zweitens aber führt diese Kontingenzerfahrung nicht dazu, alles in Frage zu stellen, sondern dazu, nach einer idealen politischen Ordnung zu suchen. Worin jene besteht, ist wiederum unter anderem abhängig von vorgefundenen religiösen Traditionen. Es kann deshalb auch nicht überraschen, dass politische Entscheidungen auch bzw. gerade unter modernen Bedingungen religiös codiert und eingefärbt werden – die Frage ist nur, mit welcher religiösen Rhetorik dies geschieht und welche Konfliktlinien sich daraus ergeben. Zum kulturellen Programm der Moderne gehört insofern im Kern, dass ursprünglich religiöse Vorstellungen mit den Mitteln der modernen Politik verwirklich werden sollen (vgl. Eisenstadt 2000a, Kap. 4). Der sogenannte religiöse Fundamentalismus ist in diesem Zusammenhang, wie Schluchter (2002, S. 14) pointiert zusammenfasst, »eine moderne Bewegung gegen die Moderne«.

Und schließlich weist Eisenstadt auch darauf hin, dass politische Optionen, Institutionen und Legitimationen selbst Ergebnisse von Konflikten zwischen dem gesellschaftlichen Zentrum und der Peripherie sind, gerade weil Legitimation immer umkämpft ist (vgl. Eisenstadt 1963; Giesen 1991, S. 184f.). In Gesellschaften, die sich als modern verstehen, werden deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit Konflikte darüber ausgetragen, welche Legitimationen politischer Ordnung erfolgreich Geltung beanspruchen können. In diesem Zusammenhang ist von verschiedener Seite die Bedeutung sozialer Bewegungen als kollektive Akteure betont worden, deren Entstehung sich den immanenten Widersprüchen des kulturellen Programms der Moderne verdankt (vgl. auch Eder 1992; Eisenstadt 1992).

Dieses hier nur in aller Kürze zusammengefasste kulturelle Programm der Moderne hat sich von Europa ausgehend in der Weltgesellschaft verbreitet. Verantwortlich dafür war in erster Linie die Durchsetzung der zentralen westlichen institutionellen Form von Modernität: des Nationalstaats (vgl. Koenig 2005). Zwei Prozesse sind dabei aus kulturalistischer Sicht

entscheidend: die erfolgreiche Konstruktion eines nationalstaatlichen Gesellschaftsmodells und dessen Institutionalisierung auf der Ebene der Weltgesellschaft. Erst dadurch werden Konflikte in der Weltgesellschaft zu Modernitätskonflikten. Diese zwei Punkte sollen im Folgenden etwas genauer erläutert werden:

Erstens löst der Nationalstaat das mit dem kulturellen Programm aufgeworfene Integrationsproblem moderner Gesellschaften, in dem er territorial definierte kollektive Identitäten hervorbringt und so einen scheinbar geschlossenen Raum sozialer Beziehungen schafft. Ihm gelingt damit eine imaginäre Schließung, die Gesellschaftsgrenzen mit nationalstaatlichen Grenzen zusammenbringt. Nation building ist insofern zugleich society building, die, wie Benedict Anderson (1991) hervorgehoben hat, als einheitsstiftende Semantik Fremde zusammenbringt und Gemeinschaft dort imaginiert, wo sie nicht mehr gegeben ist.

Der Erfolg dieser Repräsentation hängt in hohem Maße davon ab, inwiefern es Nationalstaaten gelingt, ihre innere Konfliktdynamik über das Bindemittel des Nationalismus in Grenzen zu halten. Der konflikttheoretische Einwand gegen die Modernisierungstheorie weist hier in die richtige Richtung, dass es nämlich vor allem Konflikte mit einem als bedrohlich wahrgenommenen Anderen sind, die Nationalstaaten nach innen integrieren. Schon Hegel (1821, S. 331f.) hat hierin bekanntlich die Bedeutung des Krieges gesehen. Aber auch die Arbeiten von Charles Tilly (1975) und Michael Mann (1988) unterstreichen die These, dass es Konflikte und insbesondere Kriege sind, die den Nationalstaat mit konstituiert haben und mit deren Hilfe er sich am Leben hält. Dies gilt offenbar insbesondere für die Mobilisierung und Transformation kollektiver Identitäten, die in Kriegszeiten dramatisch verdichtet werden und durch die es gelingt, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive unter der Voraussetzung gesellschaftlicher Differenzierung und Pluralisierung zu erzeugen (vgl. Honrich 1992; Nassehi 2003, S. 155ff.; Brodocz 2004). Die Herausbildung des Nationalstaats ist insofern gleichbedeutend mit der Institutionalisierung bestimmter Konfliktlinien – sowohl nach innen etwa zwischen dem gesellschaftlichen Zentrum und der Peripherie als auch nach außen zwischen Staaten. Als Folge dieser Institutionalisierung lässt sich Eisenstadt (2000b) zufolge auch eine »Ideologisierung der Gewalt« verzeichnen, die darauf beruht, dass der Nationalstaat zum Fokus der Generierung kollektiver Identitäten wurde. Gewalt wird in diesem Zusammenhang ein Mittel, um politische Ziele und eine ideale politische Ordnung durchzusetzen bzw. zu errichten und Identitäten gegen äußere oder innere Bedrohungen und Ambivalenzen zu sichern (vgl. auch Bauman 1992).

Zweitens ist der Siegeszug des nationalstaatlichen Gesellschaftsmodells aus Sicht des soziologischen Neoinstitutionalismus der Stanford-School um John Meyer zufolge mit der hegemonialen Durchsetzung einer westlich geprägten modernen Weltkultur verbunden. Das auf der Ebene der Weltgesellschaft institutionalisierte Modell des Nationalstaates sieht in erster Linie vor, dass sich Staaten, aber auch Individuen, Gruppen und Organisationen innerhalb von Nationalstaaten wie rationale und verantwortliche Akteure benehmen. »Dieses ist«, so Meyer, »die übliche Form, in der Nationalstaaten sich selbst darstellen, sowohl nach innen (z.B. in ihren Verfassungen) als auch nach außen (z.B. wenn sie die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen oder anderen zwischenstaatlichen Körperschaften anstreben). Sie legen Wert darauf, über alle Merkmale eines rationalen staatlichen Akteurs zu verfügen: territoriale Grenzen und eine abgrenzbare Bevölkerung; Souveränität, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung; standardisierte Zwecke wie kollektive Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und den Schutz individueller Rechte; einen auf Autorität und Recht gestützten Erzwingungsapparat; den eindeutigen Besitz von Ressourcen wie natürlichen Rohstoffen und einer Arbeiterschaft; und die nötigen Technologien und Mittel-Zweck-Rationalitäten zur Erreichung von Zielen« (Meyer 2005, S. 98). Der historische Siegeszug des Nationalstaats, mit dem sich die Moderne weltweit durchsetzt, beginnt demzufolge mit seiner Verankerung auf der globalen Ebene. Wie Boli & Thomas (1999) gezeigt haben, ist diese Durchsetzung eng

mit der Entstehung und Verbreitung internationaler – zwischenstaatlicher, aber vor allem auch nicht-staatlicher – Organisationen verbunden, die aktiv mit dazu beitragen, dass sich die Strukturen des Nationalstaats trotz regional unterschiedlicher Bedingungen einander annähern. Besonders für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg lässt sich daher von einer Hegemonie des nationalstaatlichen Modells der Repräsentation gesellschaftlicher Einheit sprechen.

Zu den Mitteln der Zielverfolgung und der Integration von Nationalstaaten als kollektive Akteure gehörte zunächst und über lange Zeit die Anwendung von Gewalt. An dieser Stelle konstatiert Meyer einen Wandel des globalen Modells der Staatlichkeit: »Kriege sind keine akzeptable ›Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‹ mehr; die Kriegsministerien wurden in Verteidigungsministerien umbenannt (...). Nationalstaaten versuchen sich also nicht nur als rationale Akteure zu präsentieren, sondern noch dazu als ausgesprochen nette« (ebd.). Insofern kann man davon sprechen, dass Staaten und staatlich verfasste politische Akteure einer »Modernitätsverpflichtung« (Stichweh 2000, S. 58) unterliegen. Für Staaten bedeutet dies, dass sie sich als Wohlfahrtstaaten – und nicht nur als Gewaltmonopolisten – präsentieren und entsprechende Institutionen ausprägen wie zum Beispiel Schulen und Hochschulen, ein Militär, soziale Sicherungssysteme oder nationale Kultureinrichtungen. Verweigern sie sich dieser Verpflichtung oder sind sie nicht in der Lage, dem Ideal der »Gouvernementalität« (Foucault) zu entsprechen, dann handelt es sich aus Sicht der Staatenwelt um einen »schwachen Staat« oder einen »failed state«. Solche Staaten verdienen dann nicht mehr das Prädikat staatlicher Souveränität. Sie müssen entweder wieder auf- oder umgebaut werden. Dies führt unter den gegenwärtig zu beobachtenden Tendenzen der Entstaatlichung der Gewaltkontrolle dazu, dass unter Berufung auf das Staatlichkeitsideal in Staaten eingegriffen werden muss, die diesem Ideal immer weniger entsprechen (vgl. Schlichte 2000). Die gleichsam von außen durch die Weltgesellschaft auferlegte Modernitätsverpflichtung ist insofern – paradoxerweise – gleichbedeutend mit einer Schwächung des Souveränitätsprinzips. Die Modernitätsverpflichtung als Leitidee moderner Staatlichkeit sorgt also dafür, dass Staaten nach außen und innen gewaltfreie Formen der politischen Auseinandersetzung fördern und bevorzugen. Tun sie dies nicht, neigt die Staatenwelt dazu, sie nicht länger als legitime Staaten anzuerkennen.

Nun sollte man Meyer nicht so verstehen, als wären gewaltsame Konflikte in der Weltgesellschaft für ihn ein unwahrscheinlicher und auch nur vorübergehender Rückfall in die Barbarei. Worum es ihm vielmehr geht, ist zu zeigen, dass mit der Institutionalisierung des Nationalstaats als politischer Form der Moderne eine Institutionalisierung formaler Rationalität einher geht, die für Modernität als kulturelles Programm insgesamt charakteristisch ist und sich über den Nationalstaat weltweit durchgesetzt hat. Akteure verstehen sich als rationale, Ziele verfolgende und Pläne umsetzende Akteure – kurz: sie sind im Sinne Webers zweckrational Handelnde. Dazu gibt es in der Weltgesellschaft, so Meyer, keine legitime Alternative. Selbst antimodernistische Gruppen benutzen nicht nur Satelliten-Telefone, sie bevorzugen darüber hinaus moderne – gelegentlich sogar postmoderne – Organisationsformen. Lokale Bürgerkriegsparteien orientieren sich in ihren politischen Zielvorstellungen häufig immer noch, wie Klaus Schlichte (2006) gezeigt hat, am Ideal der Staatlichkeit und variieren im Gegensatz zu staatlichen Akteuren lediglich Legitimations- und Ordnungsvorstellungen. Sie sind also mit anderen Worten durch und durch moderne Akteure der Weltgesellschaft.

4. Die Entkopplung von Modernität und Nationalstaatlichkeit

Im Sinne des soziologischen Neoinstitutionalismus sind Konflikte in der Weltgesellschaft immer insofern Modernitätskonflikte, als sich die Akteure an den Erwartungen und Model-

len der westlich geprägten modernen Weltkultur orientieren. Dies hängt offenbar eng mit der weltweiten hegemonialen Durchsetzung des Nationalstaats zusammen. Konflikte verlaufen aber heute, das zeigt der eingangs beschriebene Wandel des Konfliktgeschehens, nicht mehr primär entlang nationalstaatlicher Grenzen. Vielmehr entstehen neue postnationale Konflikt-dynamiken etwa im Zuge der Neudeinition des klassischen staatlichen Souveränitätskonzepts und des Sicherheitsbegriffs oder im Rahmen neuer ethnopolitischer Konflikte, die die staatliche Ordnung einerseits gefährden und andererseits in der Regel in ihrem Verlauf und ihren Folgen grenzüberschreitend statt finden. Allerdings muss man zugleich einschränkend hinzufügen, dass solche Konfliktdynamiken, die die territoriale Ordnung der Weltgesellschaft in Nationalstaaten entgrenzen, keineswegs neu sind. Das globale Konfliktgeschehen war seit der Herausbildung des westfälischen Staatensystems zu keiner Zeit auf zwischenstaatliche Konflikte beschränkt. Neu ist vielmehr eine Vervielfältigung von Konfliktakteuren und Konfliktarten. »Th[is] diversity entailed in the changing balance of territorial, semi-territorial and nonterritorial elements that increasingly structure struggles in world politics« (Lapid & Kratochwil 1996, S. 123). Der Nationalstaat ist dieser Diagnose zufolge nicht mehr die Zentralinstanz, die globale Konfliktlagen strukturiert – und zwar vor allem auch deshalb, weil er in Bezug auf die Repräsentation gesellschaftlicher Einheit seine Monopolstellung eingebüßt hat.

Gewandelt hat sich dabei weniger das Verhalten der Konfliktakteure, sondern der institutionelle Rahmen der Generierung von Konflikten, Akteuren und Regeln des Konfliktaustrags. Anders gesagt: Zwar orientieren sich Konfliktparteien an den Normen des kulturellen Programms der Moderne, aber sie orientieren sich nicht mehr ausschließlich an dessen ursprünglicher institutioneller Form, am Nationalstaat. Damit einher geht eine Relativierung des westlichen Deutungsmonopols von Modernität sowie die Entstehung bzw. Entdeckung neuer, alternativer Formen von Modernität. Die Diagnose des soziologischen Neoinstitutionalismus (Meyer) müsste dementsprechend aus der Sicht der kulturalistischen Makrosoziologie (Eisenstadt) modifiziert werden: *Die Evolution der Weltgesellschaft führt zu einer stärkeren Entkopplung von Modernität und Nationalstaatlichkeit und damit zu neuen Konfliktdynamiken.* Der Nationalstaat bleibt zwar weiter ein wichtiges global institutionalisiertes Gesellschaftsmodell, das Akteure, ihre Identitäten und Interessen legitimiert und auf diesem Wege gesellschaftliche Einheit repräsentiert, aber daneben entstehen weitere Gesellschaftsmodelle die unter Umständen in Konflikt mit dem nationalstaatlichen Modell treten. Wir können demnach nicht nur einen Prozess der Pluralisierung von Modernität und der Entstehung von »global modernities« (Featherstone 1995), sondern auch eine Pluralisierung von Gesellschaftsmodellen in Konflikten beobachten. Konfliktsoziologisch betrachtet bringen jene neuen Konfliktdynamiken diese Modelle in gewisser Weise mit hervor, weil – wie die Entstehung des nationalstaatlichen Modells lehrt – Konflikte Gesellschaften integrieren und gesellschaftliche Einheit über die Mobilisierung von materiellen und symbolischen Ressourcen, die Verdichtung von Zugehörigkeiten und die Verklammerung von Prozessen der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung imaginieren. Die Institutionalisierung von Gesellschaftsmodellen vollzieht sich also auf der einen Seite in Konflikten und durch sie, auf der anderen Seite generieren institutionalisierte Modelle Konfliktakteure, deren Interessen und Identitäten.

Parallel zur Entkopplung von Nationalstaatlichkeit und Modernität und der damit einhergehenden »Polymorphie« (Brock 2004, S. 101) der Repräsentation gesellschaftlicher Einheit verliert der Nationalstaat nicht nur einen Teil seines ohnehin niemals vollständig ausgeübten Gewaltmonopols. Vielmehr büßt er im Rahmen der Weltpolitik auch seine Monopolstellung in Bezug auf die Legitimität politischer Akteure weitgehend ein. Neben ihm treten lokale und internationale Gruppen, Separatisten und Terroristen, Nichtregierungsorganisationen, transnationale Regime usw. In seiner Beschreibung der gegenwärtigen weltpolitischen Situation

jenseits der Hegemonie der Nation kommt Shmuel Eisenstadt deshalb zu folgendem Schluss: »Insgesamt geschwächt ist die ideologische und symbolische Zentralstellung des Staates, daneben auch sein Ansehen als Hauptträger des kulturellen Programms der Moderne, als Bollwerk der kollektiven Identität und als Schutzpatron der sekundären lokalen und Gruppenidentitäten. All das führt auch heute noch zu weitreichenden Veränderungen im öffentlichen Raum« (Eisenstadt 2005, S. 242). Zu diesen Veränderungen zählt auch die Entstehung alternativer Gesellschaftsmodelle bzw. eine Verschiebung ihrer relativen Bedeutung für die Repräsentation gesellschaftlicher Einheit.

Drei Gesellschaftsmodelle lassen sich im gegenwärtigen globalen Konfliktgeschehen identifizieren: erstens das nationalstaatliche Modell mit seinen Elementen von Staatsbürgerschaft, Gewaltmonopolisierung, territorial codierter kollektiver Identität, staatlichen Organisationen wie Schule, Militär oder Wohlfahrtspflege sowie der Vorstellung einer national einheitlichen Kultur; zweitens das Modell einer – primär funktional differenzierten – Weltgesellschaft bzw. Weltzivilgesellschaft, in der universale Normen wie Menschenrechte gelten und in der sich Akteure an funktionalen Codes wie Geld, Macht oder religiösem Glauben orientieren bzw. durch diese Codes als Akteure legitimiert werden; und drittens das Modell einer sub- oder parastaatlich repräsentierten Gesellschaft mit eng definierten, primordialen Zugehörigkeiten unterhalb der nationalen Ebene. Dieses dritte Modell hat Trutz von Trotha mit Blick auf afrikanische Gesellschaften als das Modell der »konzentrischen Ordnung« beschrieben: »In der konzentrischen Ordnung gilt der Vorrang der primären Beziehungen: Am meisten fühlt man sich dem – ganz wörtlich genommen – Nächsten verpflichtet; je größer und inklusiver die soziale Einheit wird, desto mehr nimmt der Grad an geschuldeter Loyalität ab (Schiffauer 1993, S. 186). Der Nächste ist der Verwandte, der Freund, der Gefolgsmann. Typischerweise ist der Nächste auch das Mitglied des ›Volkes‹ oder der ›Ethnie‹, der wir angehören. (...) Die konzentrische Ordnung kennt nicht die Trennung zwischen dem Allgemeinen und Besonderen im Bereich des Öffentlichen; sie ist im Gegenteil eine Ordnung der Privilegien« (von Trotha 2000, S. 265).

Alle drei Modelle lassen sich als Institutionen verstehen, die Akteure und deren Handlungen legitimieren, ihre Weltsicht und ihre Einstellungen strukturieren und insofern konstitutiv für Akteure sind. Sie beinhalten Normen, Wissen, legitime Auffassungen über soziale Wechselwirkungen und sie manifestieren sich im Alltagsleben derjenigen, die sich an solchen Modellen orientieren. Sie sind mit anderen Worten nichts als eine kollektiv geteilte Ordnung der Dinge (vgl. Douglas 1986; Berger & Luckmann 1982). Die Modelle implizieren dementsprechend nicht nur institutionalisierte frames, die die Wahrnehmung der Wirklichkeit strukturieren, sondern sie stellen darüber hinaus Modi angemessenen politischen Handelns und in diesem Sinne operative Handlungslogiken dar. Lothar Brock (2004) hat in diesem Zusammenhang zweierlei betont: erstens, dass die Synchronizität dieser Handlungslogiken geradezu ein Kennzeichen der gegenwärtigen Weltpolitik ist. Und zweitens, dass diese Handlungslogiken von Beginn an Elemente der Weltgesellschaft waren. Deshalb, so Brock, lasse sich die Evolution der Weltgesellschaft nicht als Entstehung eines neuen Gesellschaftsmodells, sondern als Diversifizierung von Akteuren, Interaktionsebenen, Herrschaftsverhältnissen auf der einen und als steigende Komplexität des Zusammenspiels differenzierter Logiken kollektiven Handelns auf der anderen Seite beschreiben (Brock 2004, S. 96). Entscheidend ist hierbei die Verschiebung der Relevanz der Modelle für die Strukturierung der Weltgesellschaft und ihres Konfliktgeschehens.

Mit Blick auf die Konfliktforschung lässt sich dementsprechend sagen, dass mit der Verschiebung der Relevanz der Modelle in der Weltpolitik und ihrem Konfliktgeschehen Konfliktlinien neu entstehen bzw. sich die Strukturierung des Konfliktgeschehens ändert. War in der westfälischen Ordnung und der Hegemonie des nationalstaatlichen Modells das Konfliktgeschehen stark an den territorialen Grenzen des Nationalstaats orientiert, so wird das

gegenwärtige Konfliktgeschehen durch die Pluralisierung von Gesellschaftsmodellen charakterisiert. Insofern lässt sich hier von einem Wandel von der Vorherrschaft internationaler Konfliktdynamiken hin zu einer Dominanz zwischengesellschaftlicher Konflikte bzw. von Konflikten zwischen verschiedenen Repräsentationsweisen gesellschaftlicher Einheit im Rahmen der Evolution der Weltgesellschaft sprechen. Zugleich löst sich damit die exklusive Verbindung zwischen dem kulturellen Programm der Moderne und dem Nationalstaat, weil im Zuge einer globalisierten Moderne andere als das nationalstaatliche Modell zum Träger von Modernität werden können: »The advent of a now more fully globalized modernity has in fact allowed many parts of the world, societies, and groups to reconstruct themselves in the image of modernity« (Delanty 2004, S. 180). Dies gilt sowohl für transnationale Akteure, die im Referenzrahmen einer Weltzivilgesellschaft handeln, als auch für lokale, etwa ethnische Gruppen im Kontext des substaatlichen Ordnungsmodells. Alle politisch Handelnden legitimieren sich aus kulturalistischer Sicht durch einen Bezug auf das kulturelle Programm der Moderne, d.h. sie verfolgen politische Ziele, erachten Gesellschaft als contingente Konstruktion, wollen Ordnungsvorstellungen politisch umsetzen und organisieren sich als rationale kollektive Akteure. Dieses kulturelle Programm, das ursprünglich an die Dominanz des Nationalstaats gekoppelt war, überlebt damit gleichsam seinen historischen Entstehungskontext. Modernitätskonflikte erscheinen dementsprechend zunächst, d.h. unter den Bedingungen der Hegemonie des nationalstaatlichen Modells, primär als zwischenstaatliche, im Laufe der Entwicklung der Weltgesellschaft und der Multiplizierung und Globalisierung von Modernität aber zunehmend als zwischengesellschaftliche Konflikte.

Die Diagnose von der stärkeren Bedeutung zwischengesellschaftlicher Konflikte im Gegensatz zu internationalen Konflikten als Folge der Entkopplung von Modernität und Nationalstaatlichkeit lässt sich abschließend an der Diskussion um Interventionsmöglichkeiten bei Staatszerfall veranschaulichen. An ihr wird deutlich, inwiefern wir es heute in erster Linie mit Konflikten zwischen unterschiedlichen Modellen gesellschaftlicher Einheit zu tun haben, die als unterschiedliche Träger des kulturellen Programms der Moderne erscheinen. In der Debatte geht es in erster Linie um jene Staaten, die immer weniger ihre ursprünglichen Aufgaben und Funktionen erfüllen können, die bspw. nicht mehr in der Lage sind, Sicherheit für ihre Bürger zu gewährleisten und die auch ansonsten nicht mehr die Ansprüche erfüllen, die an moderne Staaten in der Weltgesellschaft gestellt werden. In dem Maße, wie weltpolitisch deutlich geworden ist, dass solche Staaten nicht nur für ihre Bürger, sondern auch für die internationale Staatengemeinschaft ein ernstes Sicherheitsproblem darstellen, ist eine Diskussion darüber entbrannt, wie man mit ihnen umgehen soll und ob und gegebenenfalls wie in sie interveniert werden kann (vgl. Schneckener 2005). Nach einer gewissen anfänglichen Euphorie über die Möglichkeiten des state bzw. des nation building, die auch von Hoffnungen auf die Durchsetzung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte getragen wurden, melden sich zunehmend die Skeptiker zu Wort. So hat etwa Denis Tull in seiner Studie zu Stabilisierungsprozessen in zerfallenden Staaten jüngst auf das prinzipielle Dilemma externer Akteure hingewiesen: Internationale Akteure, so Tull, seien auf der einen Seite staatsfixiert und orientierten sich in ihren Politiken am nationalstaatlichen Referenzrahmen, auf der anderen Seite sei aber bei zerfallenen Staaten genau dieses nationalstaatliche Modell nicht mehr hegemonial, sondern vielmehr stark geschwächt. Strategien wie etwa Machtteilungsabkommen mit Rebellengruppen funktionierten unter anderem deswegen nicht, weil damit zwar die nationale Ebene gestärkt werden sollte, anderen Gruppen aber genau diese Stärkung nicht akzeptieren wollten. Diese Nichtakzeptanz ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass neben dem nationalstaatlichen Modell andere Gesellschaftsmodelle nicht nur eine größere Akzeptanz genießen, sondern die Konfliktakteure zum Teil selbst durch nicht-staatliche Modelle legitimiert werden. Es kann deshalb nicht verwundern, dass lokale Gruppen, die

sich am substaatlichen Modell einer konzentrischen Ordnung orientieren, nicht die Rolle in Versuchen der Konfliktregelung spielen, die internationale Akteure ihn zudenken (vgl. Tull 2005, S. 17). Die Skeptiker von nation building-Ansätzen schlagen deshalb externen Akteuren vor, die in Staatszerfallsprozessen noch vorhandenen institutionalisierten Ordnungsmodelle anzuerkennen und strategisch zu nutzen (vgl. auch Deibiel, Klingebiel, Mehler & Schnecker 2005). Dies gilt etwa für Warlord-Systeme, parastaatliche und paramilitärische Ordnungen und soziale Selbstorganisationen, in denen die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Sicherheit und Bildung nicht vom Staat, sondern von lokalen Gruppen übernommen wird. Sichtbar wird hier die Gleichzeitigkeit und Konflikthaftigkeit unterschiedlicher Modelle der Repräsentation gesellschaftlicher Einheit, die die Interventionsbemühungen vor große Probleme stellt.

Dazu kommt noch ein drittes Ordnungsmodell, auf das sich vor allem nicht-staatliche Akteure im Rahmen von Interventionen beziehen: das Modell der Weltzivilgesellschaft, in der es auf der einen Seite globale Normen gibt, die es einzuhalten und durchzusetzen gilt, und in der auf der anderen Seite funktionale Codes kollektive Akteure, deren Identitäten und Interessen legitimieren. Internationale Nichtregierungsorganisationen, transnationale Konzerne, Hilfsorganisationen, aber auch weltweit operierende Unterstützernetzwerke und Massenmedien sind Bestandteil von Konflikten und Interventionsbemühungen. Ihre Handlungslogik verdankt sich weder der Idee der Staatlichkeit noch der der lokalen Selbstorganisation, sondern ihr Handeln ist eingebettet in das Modell globaler Akteure, die eigene Ziele verfolgen, eine eigene Weltsicht haben und die über eigene Vorstellungen eines angemessenen politischen Handelns verfügen. Dies wird gleichsam vor Ort dort sichtbar, wo Akteure mit unterschiedlichem Referenzrahmen kooperieren – wie etwa in der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Alle drei Modelle lassen sich als Träger des kulturellen Programms der Moderne verstehen: Die durch sie konstruierten Akteure verfolgen teilweise divergierende politische Ziele, sie wollen Ordnungsvorgaben realisieren und sie beziehen sich auf Begründungen für ihr Handeln. Zugleich aber kommt es zu Konflikten zwischen ihren jeweiligen Referenzmodellen. Diese Komplexität von Konfliktlagen ist in gewisser Weise typisch für das globale Konfliktgeschehen. Konflikte lassen sich immer seltener als internationale oder innerstaatliche beschreiben, sondern sie sind durch eine Vielzahl von Akteuren und sie legitimierende Modelle charakterisiert. Dies lässt sich aus kulturalistischer Sicht als eine Folge der Entkopplung von Modernität und Nationalstaatlichkeit beschreiben, die keineswegs zu einer friedlicheren Welt führt. Eisenstadt zufolge schließt der Aufbau einer Vielzahl vielgestaltiger Modernen sowie die Pluralisierung von Modellen der Umsetzung von Modernität eine Reihe konflikthafter Prozesse ein: »die Neuinterpretation und Rekonstruktion des kulturellen und politischen Programms der Moderne, den Versuch seitens einer Reihe von Gruppen und Bewegungen, sich die Moderne neu anzueignen und den Diskurs der Moderne in ihren eigenen Begriffen neu zu formulieren, sowie permanente Kämpfe um den Bereich des Politischen und seine Definition« (Eisenstadt 2005, S. 245). Ein kulturalistisches, makrosoziologisches Forschungsprogramm müsste sich dementsprechend zum Ziel setzen, genau jene Konflikte um die Institutionalisierung von Modernität zu analysieren, die primär in den zwischengesellschaftlichen Konfliktdynamiken ihren Niederschlag finden.

Literatur

- Anderson, Benedict (1991): Die Erfindung der Nation, Frankfurt am Main / New York.
- Anderson, Mary B. (1999): Do no harm: How aid can support peace – or war, Boulder.
- Bauman, Zygmunt (1992): Moderne und Ambivalenz, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (2004): Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden, Frankfurt am Main.

- Beckert, Jens / Eckert, Julia / Kohli, Martin / Streeck, Wolfgang (Hrsg.) (2004): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen, Frankfurt am Main / New York.
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1982): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt am Main.
- Boli, John / Thomas, George M. (1999): INGOs and the Organization of World Culture, in: dies. (Hrsg.), Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875, Stanford, S. 13-49.
- Bonacker, Thorsten (2006): Frieden in der globalisierten Moderne. Neue und alte Antinomien, in: Mittelweg 36, 15, im Erscheinen.
- Bonacker, Thorsten (2005): Die Entgrenzung von Gewalt in der Weltgesellschaft. Theoretische und empirische Perspektiven, in: Sabine Fischer / Egbert Jahn / Astrid Sahm (Hrsg.), Die Zukunft des Friedens, Wiesbaden, S. 73-90.
- Bonacker, Thorsten / Brodocz, André (2001): Im Namen der Menschenrechte. Zur symbolischen Integration der internationalen Gemeinschaft durch Normen, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen 9, S. 178-208.
- Brock, Lothar (2004): World society from the bottom up, in: Mathias Albert / Lena Hilkemeier (Hrsg.), Observing International Relations. Niklas Luhmann and world politics, London / New York, S. 86-102.
- Brodocz, André (2004): Töten und Sterben für die Gemeinschaft, in: Frankfurter Arbeitskreis für Politische Theorie & Philosophie (Hrsg.), Autonomie und Heteronomie der Politik. Politisches Denken zwischen Poststrukturalismus und Post-Marxismus, Bielefeld, S. 57-77.
- Chirot, Daniel (2001): Theorizing Progress and Social Change, in: International Sociology 16, S. 341-360.
- Coser, Lewis (1964): The Functions of Social Conflict, New York / London.
- Deibel, Thomas / Klingebiel, Stephan / Mehler, Andreas / Schneckener, Ulrich (2005): Zwischen Ignorieren und Intervenieren. Strategien und Dilemmata externer Akteure in fragilen Staaten. Policy Paper 23, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Delanty, Gerard (2004): Multiple Modernites and Globalization, in: Protosociology 20, S. 165-185.
- Douglas, Mary (1986): How Institutions Think, New York.
- Eder, Klaus (1992): Contradictions and Social Evolution. A Theory of the Social Evolution of Modernity, in: Hans Haferkamp / Neil J. Smelser (Hrsg.), Social Change and Modernity, Berkeley / Los Angeles / Oxford, S. 320-349.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1963): The Political Systems of Empires, London.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1992): A Reappraisal of Theories of Social Change and Modernization, in: Hans Haferkamp / Neil J. Smelser (Hrsg.), Social Change and Modernity, Berkeley / Los Angeles / Oxford, S. 412-430.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2000a): Die Vielfalt der Moderne, Weilerswist.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2000b): Multiple Modernities, in: Daedalus 129, S. 1-29.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2002): The Continual Reconstruction of Multiple Modern Civilisations and Collective Identities, in: Gerhard Preyer / Mathias Bös (Hrsg.), Borderlines in a Globalized World, Dordrecht / Boston / London, S. 3-12.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2005): Paradoxien der Demokratie. Die politische Theorie auf der Suche nach dem Politischen, Frankfurt am Main.
- Elwert, Georg (1999): Markets of violence, in: Sociologus: Zeitschrift für empirische Ethnosozialologie und Ethnopsychologie, Beiheft, H. 1 Dynamics of violence: processes of escalation and de-escalation in violent group conflicts, S. 85-102.
- Featherstone, Mike (Hrsg.) (1995): Global Modernities, London.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte, München.
- Giddens, Anthony (1987): The Nation State and Violence, Berkeley.
- Giesen, Bernhard (1991): Die Entdinglichung des Sozialen. Eine evolutionstheoretische Perspektive auf die Postmoderne, Frankfurt am Main.

- Greven, Michael Th. (1999): Die politische Gesellschaft, Opladen.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1821): Grundlinien der Philosophie des Rechts. In: Georg Wilhelm Friedrich Hegel Werke, Band 7, Frankfurt am Main 1986.
- Hondrich, Karl-Otto (1992): Lehrmeister Krieg, Frankfurt am Main.
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München / Wien.
- Joas, Hans (2000): Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Weilerswist.
- Kaldor, Mary (2004): Democracy without Enemies Revisited, in: Angelika Poferl / Natan Sznaider (Hrsg.): Ulrich Becks kosmopolitisches Projekt, Baden-Baden, S. 149-158.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1986): Religion und Modernität, in: Johannes Berger (Hrsg.), Die Moderne – Kontinuität und Zäsuren, Soziale Welt Sonderband 4, Göttingen, S. 284-307.
- Knöbl, Wolfgang (2001): Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit, Weilerswist.
- Koenig, Matthias (2005): World Society and the Problem of Multiple Modernities. Paper presented at the Junior Theorists Symposium of the American Sociological Association's (ASA) Theory Section in Philadelphia / USA.
- Lapid, Yosef & Kratochwil, Friedrich (Hrsg.) (1996): The Return of Culture and Identity in IR-Theory, Boulder.
- Mann, Michael (1988): State, War and Capitalism. Studies in Political Sociology, Oxford.
- Menzel, Ulrich (2000): Globalisierung und Fragmentierung, Frankfurt am Main.
- Meyer, John W. (2005): Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt am Main.
- Mouzelis, Nicos (1999): Modernity: A Non-European Conceptualization, in: British Journal of Sociology 50, S. 141-159.
- Müller, Harald (2002): Antinomien des demokratischen Friedens, in: Politische Vierteljahrsschrift 43, S. 46-81.
- Nassehi, Armin (2003): Der Begriff des Politischen und die doppelte Normativität der »soziologischen« Moderne, in: ders. / Markus Schroer (Hrsg.): Der Begriff des Politischen, Soziale Welt Sonderband 14, Baden-Baden, S.133-169.
- Offe, Claus (1986): Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien, in: Johannes Berger (Hrsg.), Die Moderne – Kontinuität und Zäsuren, Soziale Welt Sonderband 4, Göttingen, S. 97-117.
- Ortiz, Renato (2000): From Incomplete Modernity to World Modernity, in: Daedalus 129, S. 249-260.
- Pfaff-Czarnecka, Joanna (2004): Demokratisierung und Nation-building in ›geteilten Gesellschaften‹, in: Jochen Hippler (Hrsg.): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn, S. 49-68.
- Randeria, Shalini (1999): Jenseits von Soziologie und soziokultureller Anthropologie. Zur Ortsbestimmung der nichtwestlichen Welt in einer zukünftigen Sozialtheorie, in: Soziale Welt 50, S. 373-382.
- Randeria, Shalini (2004): Konfigurationen der Moderne: Zur Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Konfiguration der Moderne: Diskurse zu Indien, Soziale Welt Sonderband 15, S. 1-34.
- Reckwitz, Andreas (2003): Die Grenzen des Sozialen und die Grenzen der Moderne. Niklas Luhmann, die Kulturstheorien und ihre normativen Motive, in: Mittelweg 36 11 (4), S. 61-79.
- Said, Edward (1994): Kultur und Imperialismus. Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht, Frankfurt am Main.
- Schiffauer, Werner (1993): Die civil society und der Fremde – Grenzmarkierungen in vier politischen Kulturen, in: Friedrich Balke / Rebekka Habermas / Patrizia Nanz / Peter Sillem (Hrsg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern, Frankfurt am Main, S. 185-199.
- Schlichte, Klaus (2000): Editorial: Wer kontrolliert die Gewalt?, in: Leviathan 28, S. 161-172.

- Schlichte, Klaus (2002): Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9, S. 113-138.
- Schlichte, Klaus (2005): Was kommt nach dem Staatszerfall? Gewaltordnungen in Uganda, in: afrika spectrum 40, S. 83-113.
- Schlichte, Klaus (2006): Staatsbildung und Staatszerfall. Zur politischen Soziologie der Weltgesellschaft, in: Thorsten Bonacker / Christoph Weller (Hrsg.), Konflikte der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main; New York, i.E.
- Schluchter, Wolfgang (2002): Kampf der Kulturen?, in: ders. (Hrsg.), Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg, Weilerswist.
- Schneckener, Ulrich (2005): Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/29, S. 26-31.
- Senghaas, Dieter (1995): Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: ders. (Hrsg.): Den Frieden denken, Frankfurt am Main, S. 196-223.
- Senghaas, Dieter (1998): Zivilisierung wider Willen, Frankfurt am Main.
- Skocpol, Theda (1979): States and Social Revolutions, Cambridge.
- Stichweh, Rudolf (2000): Die Weltgesellschaft, Frankfurt am Main.
- Tilly, Charles (1975): The Formation of National States in Western Europe, Princeton.
- Tiryakian, Edward A. (2001): The Civilization of Modernity and the Modernity of Civilizations, in: International Sociology 16, S. 277-292.
- Trotha, Trutz von (2000): Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit, in: Leviathan 28, S. 253-279.
- Tull, Denis M. (2005): Stabilisierungsstrategien in »Failing States«. Das Beispiel Nord-Kivu (DR Congo). Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Wallerstein, Immanuel (1979): The capitalist world-economy, Cambridge.
- Zangl, Bernhard / Zürn, Michael (2003): Frieden und Krieg, Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Thorsten Bonacker,
Philipps-Universität Marburg,
Zentrum für Konfliktforschung & Institut für Soziologie,
Ketzerbach 11, 35032 Marburg,
thorsten.bonacker@staff.uni-marburg.de